

Studiengebühren – nicht mit uns

GEW unterstützt Aktionen gegen das Bezahlstudium

Schon ab dem ersten Semester sollen Studierende künftig zur Kasse gebeten werden. Und zwar mit 500 Euro Semester für Semester. Dies sieht das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) vor.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist gegen das Bezahlstudium. Das Studium ist schon heute viel zu teuer: Die Lebenshaltungskosten steigen, die Ausbildungsförderung nach dem BAföG erreicht nur 25 Prozent der grundsätzlich förderberechtigten Studierenden, das sind nur 18 Prozent aller eingeschriebenen Studierenden – mit seit 2001 eingefrorenen Fördersätzen und Freibeträgen. Seit 2003 ist der durchschnittliche Förderbetrag nicht mehr gestiegen. Bereits heute sind zwei Drittel der Studierenden erwerbstätig.

Für die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums gibt es gute Gründe:

1. Mit der Einführung von Studiengebühren stellt sich die Landesregierung selbst ein Armutszeugnis aus. Unsere Hochschulen sind schon heute unterfinanziert, Seminare und Hörsäle überfüllt. Jetzt soll ein Teil der Kosten auch noch auf die Studierenden abgewälzt werden. Das machen wir nicht mit. Die GEW fordert eine bedarfs- und nachfragegerechte Hochschulfinanzierung und einen zügigen Ausbau der Studienplätze.
2. Deutschland braucht nicht weniger, sondern deutlich mehr gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker. Tatsächlich sind die Studierendenzahlen nach den jüngsten Daten des Statistischen Bundesamts rückläufig. Nur noch 35 Prozent eines Altersjahrganges nehmen in Deutschland ein Studium auf, in anderen Industrieländern sind es im Durchschnitt 40 Prozent. Die GEW fordert, dass nicht noch mehr junge Menschen durch finanzielle Hürden vom Studium abgeschreckt werden.
3. Studiengebühren stellen die Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium substanziell in Frage. Nach der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks studierenden zwar 85 von 100 Kindern aus einkommensstarken Schichten und Akademikerfamilien, aber nur 11 von 100 Kindern aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten schaffen den Sprung an die alma mater. Wir brauchen aber nicht auch noch einen sozialen Numerus Clausus. Die GEW fordert die soziale Öffnung der Hochschulen.
4. Studiengebühren helfen nicht nur den Finanzministern beim Stopfen von Haushaltslöchern, sie sind darüber hinaus Dreh- und Angelpunkt der schrittweisen Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft: Studium und Lehre werden zur Ware, Hochschulen zu Dienstleistungsunternehmen, Studierende angeblich zu Kunden. Die von Humboldtsche Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ist passé. Bildung ist aber keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Die GEW fordert gute Bildung für alle.
5. In einer Salamtaktik wurden in den letzten zehn Jahren schrittweise zunächst Langzeitstudiengebühren und Studienkonten eingeführt, 2007 sollen in sieben von sechzehn Bundesländern allgemeine Gebühren für alle Studierende folgen. Der nächste Schritt könnten Schulgelder für die Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) oder für Nachmittagsangebote sein. Im Bereich der vorschulischen und beruflichen Bildung (Fachschulen) haben sich Gebühren schon vorher durchgesetzt. Diese Entwicklung geht in die falsche Richtung. Die GEW fordert Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Uni-Hörsaal.

Die GEW steht im Kampf gegen Studiengebühren an der Seite der Studierenden und fordert die Landesregierung und die Hochschulen zur sofortigen Rücknahme aller Gebühren auf. Um die Chancengleichheit zu verbessern, setzt sich die GEW dafür ein, dass soziale Zugangsschwellen zur höheren Bildung abgebaut und die soziale Infrastruktur an den Hochschulen ausgebaut wird. So muss dringend das BAföG an die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Studierenden angepasst und zu einem leistungsfähigen, einfachen, transparenten und verlässlichen Studienfinanzierungssystem in staatlicher Verantwortung erneuert werden.

Die GEW unterstützt auch die Aktionen zum Boykott von Studiengebühren als legitimes Mittel kollektiver Interessenvertretung. Die Teilnahme am Boykott ist nicht ohne Risiko. Das Risiko lässt sich minimieren, wenn sich möglichst viele Studierende beteiligen. Durch die Einrichtung eines Treuhandkontos unter notarieller Aufsicht und durch die Quorumsregelung wird sichergestellt, dass der Boykott nur dann tatsächlich durchgeführt, wenn sich mindestens ... Prozent der eingeschriebenen Studierenden beteiligen.

Stell dir vor, es gibt Studiengebühren, und keiner zahlt ein ...